

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Dienstag, den 7. Januar 1879.

Nr. 10.

Deutschland.

Berlin, 6. Januar. Dem Bundesrath ist der Entwurf des Landeshaushalts-Etat von Einnahmen für das nächste Rechnungsjahr vorgelegt worden; außerdem auch ein vom 17. September d. J. datirter internationaler Vertrag in Betreff der gemeinsamen Bekämpfung der Reblauskrankheit. Bekanntlich wurde auf Anregung des schweizerischen Bundesraths im August 1877 in Lausanne ein internationaler Kongress Weinbau treibender Staaten zu jenem Zweck abgehalten. Auf Grund der Verhandlungen desselben hatte der schweizerische Bundesrath den Entwurf einer internationalen Konvention aufgestellt und demnächst im September v. J. in Bern eine Konferenz von Vertretern der beteiligten Regierungen zum Zweck der Herbeiführung einer Uebereinkunft veranstaltet. Aus dieser Konferenz ist der vorliegende Vertragsentwurf hervorgegangen.

Von den 15 Mitgliedern der Tarif-Reform-Kommission waren bisher nur 14 ernannt. Jetzt ist als Vertreter des preussischen Handelsministeriums auch der Regierungs-Präsident von Bötticher aus Schleswig berufen und bereits hier eingetroffen. Da am Sonnabend in der zweiten Sitzung der Kommission die Positionen des Zolltarifs gruppenweise an die Mitglieder zur Bearbeitung und Berichterstattung vertheilt sind, so werden in der nächsten Zeit Plenarsitzungen nur dann stattfinden, wenn einer der Referenten zu seiner Information eine solche beantragt.

Zu Mitgliedern der morgen im Reichskanzleramt zusammen tretenden Kommission zur Erörterung der Aversen der Zollauschlüsse sind berufen: Seiner Excellenz des Reichskanzlers W. v. Bismarck, Ober-Regierungsrath Dr. Michaelis als Vorsitzender und der Ober-Regierungsrath Burghard, ferner der bayerische Ministerialrath Lepique, die preussischen Ober-Finanzräthe Schulz und von Kommersehe, der Bürgermeister Bildmeier von Bremen und die Hamburger Senatoren Dr. Beremann, Dr. Schröder und Chapeaurouge.

Heute findet wieder eine Sitzung der Reichs-Verkehrs-Kommission statt.

Die Meldung, daß der Papst beabsichtige, ein neues Konzil zum Zweck der Lösung der deutschen Kirchenfrage zu berufen, ist so widersinnig, daß man ihren Ursprung gar nicht begreifen kann. Was hätte oder könnte ein Konzil wohl mit der Frage, wie es sich bei dem deutschen Kirchenkonflikt handelt, zu thun haben, und wie wäre das Konzil geeignet, die Verständigung zu erleichtern?

Der General-Postmeister hat die Verkehrsanklagen zur Beseitigung entstandener Zweifel darauf hingewiesen, daß in Betreff der Gebührenfreiheit derjenigen Telegramme, mittelst deren die Wahlkommissionen das Ergebnis der Wahlen zum Reichstage und zum preussischen Abgeordnetenhaus melden, nach der allerhöchsten Verordnung vom 2. Juli 1877 folgende Grundsätze gelten: Telegramme, welche die Wahlkommissionen über den Ausfall der Wahlen an den Reichskanzleramt erstatten, sind gebührenfrei; dagegen sind die von Wahlkommissionen an einzelne Behörden der Bundesstaaten gerichteten Telegramme ebenso gebührenpflichtig als die Telegramme der Wahlkommissionen zum preussischen Abgeordnetenhaus.

Berlin, 6. Januar. Die Kommission zur Revision des Zolltarifs hat nach zwei Sitzungen ihre Plenarsitzungen auf das Unbestimmte vertagt, nachdem die Bertheilung der Referate an die einzelnen Mitglieder stattgefunden hat. In die Kommission ist inzwischen jetzt als weiteres preussisches Mitglied der Regierungspräsident in Schleswig, von Bötticher, eingetreten. Derselbe, welcher auch Mitglied des Reichstages ist und dort der Reichspartei angehört, war früher Hilfsarbeiter im Handelsministerium und im Ministerium des Innern, wo er zum vortragenden Rath avancirte. Die Verhandlungen innerhalb seiner zwei Sitzungen können nach der Dauer derselben keine in die Materie eingehenden gewesen sein. Es wird dies auch noch ausdrücklich unter dem Zusatz bestätigt, daß die Kommission von jeder General- oder Spezial-Disposition absehend lediglich ihre Geschäftsordnung genehmigt habe. Die prinzipielle Aufgabe der Kommission liegt in der Revision des Zolltarifs; bezüglich der Grundzüge, von welchen die Kommission ausgehen will, wird sie um eine prinzipielle Auseinandersetzung nicht herankommen, bei welchem An-

Die Gegensätze der Interessen sind so große und mannichfaltige, daß die Ausgleichung derselben, je mehr man die Dinge in ihre Einzelheiten verfolgt, um so schwieriger und unlöslicher erscheint. Soweit die Kommission auch mit dem finanzpolitischen Programm befaßt ist, hat sie allerdings eine gebundene Marschroute vor sich und ist an das im verflochtenen Sommer in Heidelberg durch die Finanzminister vereinbarte Projekt der Erhöhung der indirekten Reichseinnahmen gebunden. Das Bureau der Kommission ist im Hause Wilhelmsstraße 70a und steht unter der Leitung des Oberzollinspektors v. Buri.

Ueber den Inhalt des in der Sitzung vom Sonnabend verlesenen Schreibens des Reichskanzlers an den Vorsitzenden der Kommission weiß die „Köln. Zig.“ zu berichten, „daß Fürst Bismarck trotz des Ergebnisses der Tabak-Untersuchungskommission noch keineswegs zu anderen Ansichten bekehrt worden ist, sondern ihm das Tabakmonopol noch immer als Ideal vorschwebt; sobald betont er in dem Schreiben die Nothwendigkeit, durch die Zollreform den Finanzen des Reiches zu Hilfe zu kommen, so daß, wie es heißt, die volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte den finanziellen Bedürfnissen untergeordnet werden sollen.“

Der „National-Zeitung“ berichtet man über den Inhalt dieses Schreibens, daß es eine Kritik des Ergebnisses der Tabak-Enquete-Kommission enthalte und den Vorsitzenden der Kommission zu einer Revision jener Beschlüsse im Sinne höherer Erträge des Tabaks auffordert. Die Zolltarif-Kommission wird sich bekanntlich mit einem Obergutachten über die Ergebnisse sämtlicher Einzel-enqueten zu beschäftigen haben. Ob der Reichskanzler in dem beregten Schreiben wirklich den Ausdruck wiederholt, das Tabakmonopol sei sein Ideal, müssen wir auf sich beruhen lassen. Dagegen läßt die jüngste Aeußerung der „Prov.-Korr.“ absolut keinen Zweifel darüber, daß der Reichskanzler den Tabak als den Mittelpunkt seines Finanzplanes unverändert festhält. Es würde auch aus der Vorgeschichte des Fürsten Bismarck schwer sein, ein Beispiel anzuführen, wo er eine von ihm vertretene Idee wieder hätte fallen lassen. In dem zollpolitischen Labyrinth, welches das Schreiben vom 15. Dezember aufschließt, giebt der Gedanke einer eingreifenden Tabakbesteuerung den leitenden Faden an die Hand. Das Schreiben des Reichskanzlers, welches Sonnabend verlesen wurde und das sich an die Spitze der Beratungen stellt, unterstreicht wiederum diesen Punkt.

Der von verschiedenen Seiten gemeldete angebliche Beschluß der Tarifkommission, eine Veröffentlichung ihrer wichtigeren Vorgänge eintreten zu lassen, wird von berufener Seite als unzutreffend bezeichnet.

— Zur Lage der Quotifirungsfrage giebt die „B. A. C.“ die folgenden authentischen Ausführungen:

Durch verschiedene Zeitungen geht die Nachricht, daß zwischen der nationalliberalen und freikonservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses Abmachungen in Betreff der sogenannten Quotifirung der Einkommen- und Klassensteuer erfolgt seien. Es ist diese Nachricht eine irrthümliche und ihre Entstehung wohl auf die Thatsache zurückzuführen, daß während der Parlaamentsferien zwischen einzelnen Mitgliedern der genannten Fraktionen jene Besprechungen über die Quotifirungsfrage fortgesetzt sind, die bereits früher ausgenommen waren und an denen sich auch Mitglieder anderer Fraktionen betheiligten. Jedenfalls ist es erfreulich, die lebhafteste Theilnahme konstatiren zu können, welche gerade von Seiten freikonservativer Abgeordneter der Erörterung der Quotifirungsfrage sich zuwendet; es würde die freikonservative Partei durch die Haltung, die sie zur Zeit in dieser Frage einnimmt, übrigens nur ihrer früheren Politik, wie sie durch ihre bedeutendsten Mitglieder entwickelt worden ist, zustimmen. Zugleich schöpfen wir daraus die Hoffnung, daß ein Widerstand gegen die Quotifirung auf Seiten der Regierung nicht vorhanden ist. Es bewährt sich demgemäß die Voraussetzung, die wir von vornherein gehabt haben, daß gegen die Quotifirung der Einkommen- und Klassensteuer ein unüberwindliches Hinderniß nicht vorliegt. Dagegen ist diese Sache nicht von der Art, daß von Abmachungen zwischen einzelnen Parteien die Rede sein kann. Es kommt vielmehr darauf an, daß alle Parteien des Hauses, und zwar ohne das Präjudiz irgend einer früheren

Entschließung, ja unter Ausschluß auch selbst jedes Scheitens einer solchen, mit der Regierung im Hause selber an den Verhandlungen theilnehmen. Schon darum ist dies nothwendig, weil bei der Quotifirungsfrage so viele Punkte in Betracht kommen, daß allseitig die Gründe gehört werden müssen. Für die Vorbereitung der Verhandlungen im Hause selber ist der richtige Ort die Budgetkommission, wo, da dieselbe aus allen Parteien des Hauses zusammengefaßt ist, sofort sich herausstellen wird, wie das Haus selber zur Quotifirungsfrage steht. Einfließen können wir uns der Hoffnung nicht verschließen, daß in dieser wichtigen Frage über die leitende Idee eine Uebereinstimmung aller Parteien herbeizuführen sein wird.

— Unter der Ueberschrift „Handelspolitische Entscheidungslämpfe“ veröffentlicht die „N. L. Z.“ eine ihr von befreundeter Seite zugegangene Zuschrift, in welcher über die Stellungnahme der nationalliberalen Partei zu dem Wirtschafts-Programm des Reichskanzlers Folgendes ausgeführt wird:

„Die nationalliberale Fraktion wird ihre Neutralität in Bezug auf jede einzelne konkrete Zollfrage gewiß nicht aufgeben. Sie wird dagegen nicht umhin können, feste und klare Stellung zu den gegenwärtig mit solchen Einzelfragen verwebten großen finanzpolitischen Hauptfragen zu nehmen, von deren Lösung unsere ganze fernere Entwicklung abhängt. Sie wird insbesondere über das Maß der dem Reich nöthigen Mehreinnahmen einen unabhängigen Standpunkt zu gewinnen suchen, der ihrer gleich vaterlandsgetreuen und freisinnigen Grundhaltung entspricht. Den im Volke thätigen Kräften kann sie es daneben getrost überlassen, den Streit zwischen Schutz der inländischen Industrie durch Zölle und nicht wieder einzunehmendem freiem Grenzverkehr durch eine gründliche allgemeine Ausbehnung der Zölle zu Ende zu führen. Zu einer solchen ist es aus verschiedenen Gründen bisher nie recht gekommen. Vielleicht wird die spätere Geschichtsschreibung das Schreiben aus Friedrichsruh vom 15. Dezember 1878 als den Anstoß bezeichnen, der diese gewiß von jedem Gesichtspunkte aus lebhaft zu wünschende definitive Klärung des öffentlichen Geistes und in deren Gefolge die Wiederbeseitigung der unheilvollen und her schwankenden Zollgesetzgebung zu Wege brachte. Sache der parlamentarischen Parteien ist es, wenn wir Englands Vorbild trauen wollen, nicht, derartige tiefe Geisteslämpfe der Nation als solcher vorwegzunehmen. Sie sehen am Ende nur in Gesetzen und Maßregeln um, was in der öffentlichen Meinung nach erschöpfender freier Diskussion triumphiert hat.“

Wir werden darauf hingewiesen, daß in der hier erscheinenden Wochenschrift „Merkur“ ein Aufsatz über das Finanzprogramm des Reichskanzlers sich findet, worin dargelegt und durch Anführung von Beweisstellen zu erhärten versucht wird, daß die Grundzüge jenes Finanzprogramms in einer Reihenfolge von Artikeln niedergelegt waren, die der „Merkur“ im Jahre 1876 veröffentlichte und die der Verfasser, Herr Stöpel, als eigene Broschüre unter dem Titel: „Landwirtschaft und Industrie. Zur Würdigung der agrarischen Bestrebungen. Nebst Vorschlägen zu einer Steuerreform“ vor 2 Jahren herausgegeben hat. In dieser Arbeit wird, wie in dem Finanzprogramm des Reichskanzlers, empfohlen, den gesamten Import mit wenigen Ausnahmen einer abgestuften Eingangsabgabe zu unterwerfen, und dies, unter Berufung auf die preussische Tarifgesetzgebung von 1818, „deren Grundzüge“, wie der Verfasser meint, „man nie hätte verlassen sollen und deren theilweise Wiederherstellung wir als ein großes reformatorisches Werk betrachten würden“, durch die prinzipielle Forderung jener Tarifgesetzgebung motivirt, „daß der heimische Produzent vor dem fremden begünstigt werden müsse.“

Wir werden weiter darauf hingewiesen, daß nicht allein in dem Hauptinhalt des Reformvorschlages, sondern auch in der Begründung desselben sich eine unverkennbare Familienähnlichkeit zwischen den Ausführungen des Reichskanzlers und denen der oben genannten Schrift finde. Es wird dort der Satz entwickelt, daß gerade in den höchstentwickelten und reichsten Staaten die Verbrauchssteuern den wesentlichen Bestandteil der Staatsausgaben bildeten und daß eine Besteuerung des Imports den Vortheil gewähre, daß die Last der Besteuerung theilweise auf die ausländischen Konkurrenten der heimischen Industrie falle; der Zolltarif sei das Steuer-

ruder der Handels- und zugleich der Finanzpolitik, „das Mittel, die Härten einer nur auf die unangenehmsten, von den Massen konsumirten Bedürfnisgegenstände gelegten indirekten Besteuerung zu mildern und Jedem, Arm und Reich, sein wohlgekauft an der Belastung mit indirekten Steuern zu geben.“

Ein nach diesen Grundsätzen aufgestellter Zolltarif würde zugleich ein Finanz- und ein Schutztarif sein und unter seinem Regime müßten die Klagen über ungerechte Vertheilung der indirekten Steuern verstummen. Die logische Folgerichtigkeit erfordert aber, daß ein solcher Tarif die Waaren nach ihrem Werth besteuere, „d. h. nach dem Maße der Bedürfnisbefriedigung und der Leistungsfähigkeit der Konsumenten.“ Waaren, welche dringende Bedürfnisse aller Klassen befriedigen, müßten am wenigsten besteuert werden, „und aufsteigend, je nach dem Grade der Bedürfnisbefriedigung und (was dasselbe ist) der Leistungsfähigkeit der Konsumenten, die mehr dem Komfort und Luxus dienenden Waaren höher. In diesem Rahmen finden mithin nur Werthzölle ihren Platz, Zölle, die nach dem Werthe der Waaren bemessen sein müssen, wenn sie auch, aus Rücksichten der Konvenienz, in spezifische Zölle umgewandelt werden.“

Der Verfasser macht weiterhin spezifizierte Vorschläge und stellt Berechnungen an, die im Resultat denjenigen des Reichskanzlers nahe kommen.

Ausland.

Paris, 4. Januar. Als mit dem Sturze Baffet's im Jahre 1876 der Belagerungszustand, der seit dem Kriege über Paris verhängt war, aufgehoben worden, ergoß sich über das Land eine Fluth von Journalen, wie sie im letzten Jahrzehnt nicht gesehen worden war. Die weitest größte Mehrzahl jener Blätter war, wie man sich denken kann, von radikaler Gesinnung; im Süden zumal kam und kommt noch jetzt diese Tendenz in der Wahl des Papiers zu chromatischem Ausdruck. Auch in der Datirung des Journals nach dem Revolutionskalender ließen „Corfaire“, „Rappel“, „Mar-seillaise“ u. erkennen, welche Richtung sie vertreten. Diese Organe waren in den Kreisen der ultraradikalen Partei verbreitet, ohne jedoch (am allerwenigsten der „Rappel“) die Thaten der Kommune offen zu billigen; man wagte es höchstens, mit denselben zu lächeln. Ein Breisgeben dieser weisen Haltung gab dem „Corfaire“ den Todesstoß, die anderen, welche in derselben beharrten, vermochten sich bis auf den heutigen Tag zu behaupten. Seitdem nun die gegen die deutschen Sozialisten ergriffenen Maßregeln die Lust an sozialistischen Erörterungen in Frankreich lebten, entstanden neue Organe, deren eines, „L'Egalité“, in seiner ersten Nummer bereits „an die deutschen Brüder“ die Solidarität zwischen den Sozialisten dies- und jenseits der Bogen betonte, und dies in Ausdrücken, welche es der deutschen Presse unmöglich machten, hiervon Notiz zu nehmen. Die französische Gesetzgebung gestattete freilich nicht, gegen das Blatt um dieser Ursache willen gerichtliche Vorzugeden. Man mag an-geschichts der liberalen Handhabung der ohnehin duldsamen Gesetzgebung ermahnen, in welcher Weise in der letzten Woche „Le Proletaire“ den Regeln politischen Anstandes hohen gesprochen, wenn gegen ihn ein gerichtliches Verfahren eröffnet wurde, das mit einer Unterdrückung des Blattes enden kann. Man sollte denken, daß der erwähnte Titel für die Richtung des Blattes schon bezeichnend sei; der Herausgeber hat es indeß für zweckmäßig erachtet, demselben noch die erläuternden Worte: „Journal républicain des ouvriers démocrates socialistes“ beizufügen. Es verdient der Umstand Beachtung, daß die Franzosen, die für die Bezeichnung moderner Dinge und Verhältnisse sonst nicht verlegen sind, diesmal bei den Deutschen in die Lehre gingen: „démocrates socialistes“ riecht nach Uebersetzung. Das Blatt ist angeklagt, den Kommunismus in etwas nachschärflicher Weise besprochen, seine Helben verherrlicht zu haben. In diesem Punkte hat freilich auch der Liberalismus einer republikanischen Regierung seine Grenzen.

Paris, 4. Januar. Die tunesische Angelegenheit hat für Frankreich bei Weitem nicht die Bedeutung, die ihr von der „France“ zugeschrieben wurde. Es handelt sich dabei um Interessen, die keineswegs französische sind. Der Konsul Roustant handelte sehr leichtfertig; es ist offiziell durchaus nicht bewiesen, daß er Grund zu Befürchtungen über die tunesischen Behörden hatte. Die französische

Regierung verlangte bis jetzt nichts als eine Untersuchung über den Sachverhalt. Die Antwort des Bots ist noch nicht erfolgt.

Der Kriegsminister traf heute auf seiner Besichtigung in Francaeur im Aude-Departement ein. Seine Ankunft trifft mit den Maßregeln zusammen, die zur Verhütung neuer mit Waffengewalt verübter Diebstähle, als deren Urheber spanische Flüchtlinge gelten, im Aude-Departement angeordnet wurden. Der Kriegsminister ordnete an, daß mobile Gendarmereibataillons das Land durchziehen.

Die Folgen des entscheidenden Wahlsieges der Republikaner werden sich allem Anscheine nach bald in einer durchgreifenden Umgestaltung derjenigen Beamtenkategorien geltend machen, welche von dem republikanischen Haupte bisher verschont geblieben sind. Ob der Marschall Mac Mahon in seiner Stellung belassen wird, ist wohl die Hauptfrage, die sich eröffnet. An Mitteln, ihm eine weitere Thätigkeit moralisch unmöglich zu machen, werde es nicht fehlen. Falls z. B. der Senat von der Deputirtenkammer auf Grund der noch schwebenden Untersuchung über die Affäre des Cabinets vom 16. Mai berufen werden sollte, sich als *cour de justice* über das Vorgehen des Herzogs de Broglie und Genossen zu konstituiren, so würde Marschall Mac Mahon vor seine Demission gestellt sein. Der Artikel 12 des konstitutionellen Gesetzes „über die Beziehungen der öffentlichen Gewalten“ bestimmt, daß die Minister wegen Verbrechen, die sie bei Ausübung ihrer Functionen verübt haben, in Anklagezustand versetzt werden können und dann durch den Senat abgeurtheilt werden. Die Republikaner sind allerdings bezüglich der Frage, wer an die Stelle des Marschalls Mac Mahon zu setzen wäre, augenblicklich noch zu wenig einig, als daß sie bereits anläßlich jener Untersuchungsaffäre den Sturz des Marschalls insceniren möchten. Können doch die Republikaner in beiden Kammern, welche letzteren nach Art. 3 des konstitutionellen Gesetzes über die Beziehungen der öffentlichen Gewalten mindestens einen Monat vor Ablauf der Amtsbezugnisse des Präsidenten der Republik als Nationalversammlung zusammentreten, um zur Neuwahl des Chefs der Exekutivgewalt zu schreiten, sehr mit noch größerer Sicherheit, als vorher, darauf rechnen, daß im Jahre 1880 ein Mann ihrer Wahl den Präsidentenstuhl besteigen wird. So viel aber ist sicher, daß die Stellung Mac Mahons politisch und moralisch nunmehr jeden Halt verloren hat.

Madrid, 4. Januar. Heute früh um 8 1/2 Uhr ist Moncafi, der Urheber des Attentats auf den König von Spanien, nach Landesfeste mit dem Erdrosseln öffentlich hingerichtet worden. Bis zum letzten Augenblick war Alles in Bewegung gewesen, um für den Verurtheilten eine Straf-Umwandlung zu erwirken. Sein Bruder und sein Verteidiger hatten in den Cortes und in den Ministern deshalb die dringendsten Schritte gethan, die Verwendung Castelar's und Sagasta's in Anspruch genommen, und dem Verteidiger Jimenez Cerro war es zuletzt auch gelungen, eine Audienz bei dem Ministerpräsidenten zu erwirken. Canovas del Castillo empfing ihn sehr freundlich, gab ihm aber zu verstehen, daß die Hinrichtung eine so gewisse und unwiderruflich beschlossene Sache sei, an welcher auch eine von 7500 Einwohnern von Lissabon und Barcelona, worunter Geistliche, Richter und andere angesehen Leute, gezeichnete Petition nicht ändern könne.

Die 22jährige Frau des Mörders traf gestern zum ersten Mal in ihrem Leben, in der spanischen Hauptstadt ein; sie brachte ein Kind von kaum Monaten mit und bemühte sich mit ihrem Schwager eine Audienz beim König und bei der Prinzessin von Asturien zu erhalten. Im Ministerrath, für seine letzte Entscheidung wartete, bis die Königin auseinander gegangen und der Neujahrstag vorüber war, wurde d r Beschluß, der Gerechtigkeit ihren Lauf zu lassen, fast mit Einstimmigkeit gefaßt; im Schloße war man dagegen zur Milde geneigt und der König selbst wollte den Mörder begnadigen. Am 1. Januar empfing er den Bruder Nonco und seinen Beistehender und versprach ihnen die Begnadigung im Ministerrathe zu befürworten, ohne jedoch eine Bürgschaft für dieselbe übernehmen zu wollen. Er blieb dann mit Canovas beifalls über eine Stunde eingeschlossen. Dieser theilte den Raths des Königs mit, welcher aber Staatsraison geltend, die Rücksicht auf die politischen und also für die Völker gefährlichen Interessen der Königmörder, welche Rücksicht auch deutschen Kronprinzen bestimmt hätte, gegen seine Gnade zu äben.

Mit der Prinzessin von Asturien hatten
beiden Bittsteller nur eine kurze Unterredung
versprochen, das Uebrige zu Gunsten eines On-
kles zu thun. Vorgestern Nachmittag gelangte
den Ministerrath der Spruch des Kassations-
tribunals an dem Todesurtheil nichts zu ändern
und nun wurde definitiv und einstimmig be-
schlossen, dem König die Verwerfung des Begnadigungs-
suches zu empfehlen; Canovas del Castillo und
Kollegen brauchten wiederum eine Stunde, um
den König von der Nothwendigkeit dieses Aktes zu
zeugen.

Gestern früh um 8 Uhr wurde Monca dem Salavero-Gefängniß seinem Richter zugeführt. Er hörte ansehnend gleichgültig die Verlesung Defects in welchem sein Gnabengesuch verworfen wurde, unterschrieb, nachdem man ihm seine Abgenommen, das Protokoll und wurde dann barmherzigen Brüdern ausgeliefert, die schon 1421 den armen Sündern in ihren letzten Stunden beistehen. Da Monca zu beichten wünschte, ihm der Gefängnißgeistliche die Beichte ab, unterschrieb er sich lange mit dem Pfarrer der San Ildesonso. Er richtete an seine Angehörigen

mehrere Briefe, in denen er seine Reue und zugleich die Benußthung, in dem Schosse der allein seligmachenden Kirche zu sterben, aussprach, auch allen seinen Feinden vergeben zu wollen versicherte. Noch um 12 Uhr Abends machte er sein Testament, in welchem er seine Frau zur Erbin einsetzte. Heute früh wurde er in geschlossenem Wagen mit einem Geistlichen und unter militärischer Bedeckung nach dem vor den Thoren der Stadt errichteten Schafot geführt, wo eine große Menschenmenge des grausen Schaupiels harnte. Man setzte ihn auf einen an einen Pfahl gelehnten Stuhl, legte ihm das Hals-eisen an; eine Bewegung des Henkers und das Genick war ihm gebrochen. Moncafi hatte bis zum letzten Augenblick die größte Kaltblütigkeit an den Tag gelegt.

Die sozialistischen Antriebe sind übrigens in Spanien noch nicht vorüber. Nach in Madrid eingegangenen Nachrichten sind in Jerez 7 Mitglieder eines internationalistischen Comité's verhaftet worden; es wurden bei denselben wichtige Schriftstücke vorgefunden und mit Beschlagnahme belegt.

Provinziales.

Stettin, 7. Januar. Für die heutige Schwurgerichts-Sitzung war eine Anklage gegen den Eigenthümer Johann Böller aus Stolzenbagen wegen vorsätzlicher Brandstiftung angesetzt, welche schon bei der letzten Schwurgerichtsperiode im verfloffenen Jahre vertagt worden war. Obwohl zu der heutigen Verhandlung einige 20 Zeugen geladen waren, trat nochmals Vertagung ein, da ein Entlastungszeuge nicht geladen war, auf dessen Aussagen von Seiten der Beibehaltung Gewicht gelegt wurde. — Nachdem der Vertagungsbeschluss durch den Präsidenten verkündet war, wurde der betreffende Zeuge in der Nähe des Kreisgerichts-Gebäudes ermittelt, es konnte jedoch nicht mehr mit der Vernehmung begonnen werden, da sich inzwischen der größte Theil der Herren Geschworenen entfernt hatte; doch dürfte die Anklage noch im Laufe dieser Periode, wahrscheinlich am 15. dieses Monats, zur Verhandlung kommen.

— Zu dem Arbeiter Carl Bregel, Mühlenstraße 19 wohnhaft, kam am 5. d. M. Nachmittags eine Frauensperson und begann mit dessen Frau ein Gespräch; bald wendete sie sich an ihn und überreichte ihm eine silberne Cylinderuhr mit Goldband (Nr. 9452), bat ihn jedoch, um Gotteswillen Niemanden zu erzählen, daß sie ihm die Uhr geschenkt. Durch die angestellten polizeilichen Recherchen ist die Frauensperson als die Wittwe Schulz, geb. Glömann ermittelt, welche gesteht, die Uhr dem Kellner Zöllner am Neujahrsnorgen, als derselbe in fast angekommenem Zustande nach Hause kam, gestohlen zu haben.

— Am 6. d. M., Nachmittage, stand der 17 Jahre alte Sohn des Eisenbahnarbeiters Dreyer vor dem Schaufenster einer Spielwaarenhandlung oberhalb der Schuhstraße; da trat ein Pantenerburk heran, ergriff ohne jede Veranlassung den Knaben und warf ihn so heftig zu Boden, daß derselbe einen Bruch des linken Daumes erlitt und ihn außerdem noch zwei Zähne aus- und ein Zahn losriß.

— Herr Wilh. Bachmann, welcher durch seine trefflichen Reiter-Vorlesungen in unserer Stadt schnell beliebt geworden ist, wird Eutin in den nächsten Tagen verlassen. Um den Freunden der Reuter'schen Muse noch einmal Gelegenheit zu geben, die hervorragendsten Gedichte ihres Lieblingdichters zu hören, hat sich Herr Bachmann entschlossen, Donnerstag, den 9. v. Mts. in der Saale der Friedrich-Wilhelms-Schule noch eine Vorlesung zu halten und werden zu derselben auch Schüler - Bilets zu ermäßigten Preisen ausgegeben.

— Dem Regierungs-Assessor Hofsfeldt
die Stelle eines ordnungsmäßigen Mitgliedes der hiesigen
Provinzial-Steuer-Direktion und dem berittenen
Gensd'armen Haack in der 2. Gensd'armen
Brigade die Rettungs-Medaille am Bande zu
ertheilen.

— In der Woche vom 29. Dezember bis
Januar sind hieselbst 15 männliche und 17 we
liche, in Summa 32 Personen polgklich als v
storben gemeldet, darunter 14 Kinder unter 5 u
11 Personen über 50 Jahren.

— In der Untersuchung gegen einen Hausbesitzer, welcher die Wohnung eines seiner Mieter zu einem anderen als dem kontraktlich erlaubten Zweck betreten hatte, wegen Hausfriedensbruches, das Ober-Tribunal durch Erkenntniß vom 15. November v. J. folgenden Rechtsatz ausgesprochen: Ein widerrechtliches Eindringen in eine fremde Wohnung liegt nicht nur vor, wenn Jemand gegen ausdrückliche oder durch konfluente Handlungen klärten Widerspruch des Bewohners die fremde Wohnung betritt, sondern auch dann, wenn der Eindringende in dieselbe selbst den willkürlichen, vom Eindringenden auch nur vermutheten oder zu vermuthenden Willen des Bewohners erfolgt.

Richtenberg, 5. Januar. Vorgestern Abends gegen 9 Uhr wurde die hiesige Einwohnerschaft durch Feuerlärm aufgeschreckt. Nach mancherlei richtigen Muthmaßungen kam bald die Nachricht, daß die Brandstätte sich in Schenkshagen, 1 M. von hier, befindet. Aus bis jetzt noch nicht erklärter Ursache war dort in der Scheune des Gutsbesizers Hase Feuer ausgebrochen und daselbst, in dem noch erhebliche Quantitäten Getreide vorrätig waren, niebergebrannt. Feuerpompisten und Löschmannschaften waren in genügender Zahl alsbald zur Stelle und blieben andere Gebäude vom Feuer verschont.

Labes, 6. Januar. Am Sonnabend Mittags wurde der Lehrer Herr H o p p e aus Seerbin, welcher zum Besuch seiner Kinder hither

kommen war, von durchgehenden Wierden so heftig
angerannt und zur Erde geschleudert, daß er eine
Gehirnerschütterung erlitt, in Folge deren er bereits
verstorben ist.

Germischtes.

— Aus dem Koulißleben. Herr S., ein Schauspieler des Alexandra-Theaters in Petersburg, spielte vor einiger Zeit als Gast im Forstorsps-Theater und gerieth daselbst in Streit mit dem Komiker B., welcher gegenwärtig im Kleinen Theater zu Moskau angestellt ist. Jener drohte diesem, ihm auf der Bühne einen Schabernack zu spielen. Einige Tage später sollte die Operette „Was mir jaidem ludwi“ zur Aufführung kommen und darauf baute Herr S. seinen Plan. Diesem fiel die Rolle des Rigolard, Herrn B. die seines Onkels, eines Händlers mit brasilianischen Affen zu. Dieser ruft nun in jedem Akte bei jeder Gelegenheit aus: „Dies erinnert mich an ein ergötzliches Ereigniß, als ich in Brasilien war, und ich will es Dir erzählen.“ — worauf sein Nefse ihm entgegenruft: „Ich weiß, ich weiß, lieber Onkel.“ In der Probe ging Alles ganz glatt von Statten, bei der Aufführung aber sagt der Nefse, Herr S., bei der betreffenden Stelle: „Nun erzähle Onkelchen!“ — Herr B. verlor seine Fassung, es trat eine große Pause ein und Herr S. konnte es nicht unterlassen, ihn nochmals um die Erzählung der brasilianischen Anekdote zu bitten. Nur einigermaßen gelang es der Gewandtheit der Souffleure, dem Herrn B. aus seiner Verlegenheit zu helfen.

— Ein Sprung von Münster. Aus Bern berichtet das dortige „Intelligenzblatt“: Herr Theobald Brinzäpfelin, das lustige Schulinferieur, über dessen abenteuerliche Luftfahrt von der Höhe der Münsterplattform zu Bern in die graufige Tiefe bei dem „Zähringer“ an der Matte in den ersten Morgenstunden des 25. Mai 1654 die historischen Forschungen Herrn W. Betscherlins in den Jahrgängen 1878 und 1879 des Berner Taschenbuchs gar interessant nachzulesen sind, hat nach 224 Jahren, 7 Monaten und 2 Tagen einen Nachfolger erhalten. Freitag, den 27. Dezember 1878, um halb 2 Uhr Nachmittags, hat sich Johann Ferdinand Jenny von Homberg, geb. 1835, wohnhaft in Bern, Kellner, verheirathet, Vater von sechs Kindern, der schon seit längerer Zeit an Schwermuth kranke, mit einem Schwunge über die Brustwehre der Plattform neben der dort zum Gedächtniß an seinen Vorgänger Weinäpfelin angebrachten Gedenktafel in die Tiefe hinabgestürzt. Unten fing ihn ein ungeheurer Schneehaufen in seinen weichen Armen auf. Die sofort Herbeieilenden fanden ihn bei voller Besinnung und so wohl erhalten, daß er sofort zu Fuß den Weg nach dem Frischbade antreten konnte, wo er zwei Glas rothen Wein und eine Schüssel Suppe zu sich nahm und mit Begehren verzehrte. Bekanntlich war auch Herr Weinäpfelin trotz der Tiefe von mehreren hundert Fuß mit dem Leben davon gekommen.

— In einer bairerischen Gerichtsstube. Richter:
„Gendarm, führen Sie den nächsten Zeugen vor!“
— (Gendarm geht ab und gleich darauf deutet er
unter der Thüre nach dem Richter, worauf ein
Mann auf denselben tritt.) — Richter. „Wie
heißen Sie?“ — Jakob. „Jakob Lisch.“ —
Richter. „Wie alt sind Sie?“ — Jakob. „Ich
meine, das gehört gar nicht hierher.“ — Richter:
„Wollen Sie augenblicklich sagen, wie alt Sie sind?“
— Jakob. „Dreißunddreißig Jahre.“ — Richter:
„Sind Sie lutherisch oder katholisch?“ — Jakob:
„Aber Herr Richter!“ — Richter: „Wenn Sie sich
noch einmal unterstehen, mir zu widersprechen,
lasse ich Sie einstecken bei Wasser und Brod.“

Jakob. „Ich bin lutherisch.“ — Richter. „Ein
Sie mit den Angeklagten verwandt, verschwäger
über in Diensten?“ — Jakob. „Ich? — mit
denken? Fällt mir gar nicht ein! Wo denken Sie
hin, Herr Richter?“ — (Steigendes Gelächter im
Publikum.) — Richter. „Entzäun Sie sich die
unpassenden Bemerkungen! Erheben Sie die Hand
und schwören Sie.“ — Jakob. „Ich meine ab
weisslich, Herr Richter, das wäre unnöthig.“ (Ge
lächter im Publikum.) — Richter (erhebt sich wi
thend und schreit): „Ich lasse Sie aciretiren, wenn
Sie sich noch einmal erdreissen, eine Gegenebe
machen. Heben Sie die Hand in die Höhe, schwö
ren Sie!“ — Jakob erhebt die Hand. Der Rich
ter liest ihm den Eid vor und Jakob spricht nach
— Richter. „Ich schwöre, so wahr mir Gott helfe.“
— Jakob. „Ich schwöre, so wahr mir Gott helfe.“
— Richter. „Alles zu berichten, was ich weiß.“
— Jakob. „Alles zu berichten, was ich weiß.“

— Richter. „Nichts zu verschweigen, was die Aufstellung des Ehestandes dienen kann.“ — Jakob. „Nichts zu verschweigen, was zur Aufstellung des Ehestandes dienen kann.“ — Richter. „Und nichts als die reine Wahrheit zu sagen.“ — Jakob. „Und nichts als die reine Wahrheit zu sagen!“ — Richter. „Amen!“ — Jakob. „Amen.“ — Richter. „Nun, was haben Sie zu sagen.“ — Jakob. „Eine schöne Empfehlung vom Herrn Oberst und er ließe Sie auf heute Abend 8 Uhr zum Supper einladen. Das Reiz, das er gekostet, (geschossen, ei angekommen!“ (Schallendes Lachen im Publikum.) — Richter. „W—a—a— Sind Sie denn kein Zeuge?“ — Jakob. „Nein, Herr Richter, ich bin der Bediente des Herrn Oberst und sollte Sie einladen und da ich Sie nicht zu Hause fand, bin ich hieher gekommen. Als nach Ihrem fragte, hat mich ein Gendarm da herin gewiesen. (Allgemeine Heiterkeit.)

— (Vor dem Ehehafen.) Er hatte ihr Gesändniß gemacht, daß er sie liebe; erwartungslos fragte er sie, ob sie sein Weib werden wolle? rötchend flüsterte sie ein freundiges „Ja“, und beiderseitigen Eltern hatten ihr Karm dazu gesa-

Es fand also nichts entgegen, daß Herr Gustave Simon, der Sohn Jules Simons, des ehemaligen Ministers unter Thiers, das Fräulein Sourdis, das gleichfalls sehr vorsichtig in der Wahl ihrer Eltern vorgegangen — ihr Vater ist Millionär — als Gattin heimführte. Leider hatte aber das glückliche Brautpaar die Rechnung ohne den Rabbiner gemacht. Der alte Sourdis, der zum Jeseroh hier, verbleibt nämlich hartnäckig dabei, daß seiner Ansicht nach dem Eheband auf der Matrice nicht jener vollständige Stempel aufgedrückt werde, und er stellt es als eine *conditio sine qua non* hin, daß die Population in vollster Ceremonie im israelitischen Tempel durch den Rabbiner vollzogen werde. Unglücklicherweise hat daher Herr Gustave Simon vor so und so viel Jahren in einer Kirche die heilige Taufe empfangen und der Großrabbi von Frankreich will unter solchen Umständen nicht gestatten, daß die Trauung nach allehervordrigem jüdischen Ritus bewirkt werde. Schon deshalb nicht, um für etwaige spätere analoge Fälle kein Präcedens zu schaffen. Sehr, sehr einflußreiche Vermittelungen haben bis zu diesem Augenblicke nicht vermocht, das Veto des Rabbi umzustossen und nun sorgen spöttische Zungen dafür, daß den armen Verlobten, die allein den Schanden durch diese As-faire haben, der — Spott auch nicht fehle.

— Unsere Bedienten. „Zurück, Jean! — Weiter! — Noch weiter! Glaubst Du denn, man sieht es nicht, daß Du betrunken bist?“ — „Oh, wenn ich getrunken habe, das sieht man immer, aber wenn ich Durst habe, — das sieht man nicht!“

— Das "Kartenschiff" veräbt folgende Botschaft: "Raum ein Jahr russisch", sagte Finanz-Direktor Schmidt, als er die bulgarischen Gemeindefunktionäre ^{besuchte} "und schon blä' krasser Nihilismus!"

Handelsbericht.

Berlin, 6. Januär. (Bericht über Butter und Eier von J. Bergson und Alfred Drgler.)

In der Lage des Buttermarktes hat sich seit Beginn des neuen Jahres Nichts geändert und schloß sich derselbe eng an die in unserem letzten Bericht ausgesprochene Tendenz an. Feinste Marken, in denen die Produktion stark zugenommen, konnten vorwöchentliche Preise nicht behaupten. Feine Mittelwaare mußte in Folge größerer Zufuhren und recht flauer Nachfrage von den Geplätzen gleichfalls nachgeben und nur frische geringere Sorten waren etwas gefragt und fest im Preise. Im Allgemeinen ist der Konsum ein sehr schwacher und Manches vom Fest Abirriggebliebene dürfte erst verbraucht werden.

Es notiren ab Versandtorte: Feine und feinste
Holfsteiner und Mecklenburger 108—114 M., Mittel-
waare 102—106 M., feinste Suto- und Pächter-
butter 110 M., pommerische 80—90 M., Litthauer
85—100 M., Elbinger 75—85 M., bresische
90—95 M., bairische 78—86 M., thüringische
85—100 M., schlesische 76—78 M., schlesische feine
und feinste 80—90 M., mährische frische 63—66
M., galizische frische 66—70 M. per 50 Rile
franko hier.

Auch im neuen Jahre zeigte sich im Eiergeschäfte durchaus keine Besserung. Den kleinen Zusudren steht ein noch schwächerer Bedarf entgegen und Preise mußten nachgeben. Es wurde an letzter Börse mit M. 3,40 bis M. 3,30 per Schoß gehandelt. Bei keinem Geschäft kamen heute Eier wie M. 3,30 per Schoß zur Auktion.

Detailpreis Mart 3,40 bis Mart 3,45 per Schod.

Durchgang nach hier 282 Fässer, 148 Rißen,
nach Hamburg 52 Fässer, 628 Rißen.

Ziehmarkt.

Verlin, 6. Januar. Es fanden zum Ver-
lauf: 1096 Stinder, 6997 Schweine, 757 Kälber,
3523 Hammel.

Für Kinder gestaltete sich das Geschäft heute etwas lebhafter, als vor 8 Tagen, da der Anfrichter gerade anreichte und die Schläger am Schiffe voriger Woche ihren Vorrath ziemlich geräumt hatten. — Die Preise hoben sich für Prima auf 63 bis 65, Sekunda 54—57 Tertia 40—44 Mark pro 100 Pfund Schlagschrot.

da hier recht bedeutende Posten für den Export ge-
kauft wurden. So erstellten: beste Medlenburgs
47-48, Landschweine 45-46, Rüssen 37-38
Markt pro 100 Pfund Schlachtgewicht. - Da-
her verbleiben auf 40-42 Markt bei 55 Pfund
Thara.

Kalber wurden zu 50—60 B. pro 1 Pf.
Schlachtgewicht langjam begeben.

Für Hammel vorzuziehen sich das Geschäft wurde
die anfänglich sehr hohen Forderungen der Verkäufer;
der Preis normirte sich jährlich auf 43—50
Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht.

Telegraphische Depeschen.

Darmstadt, 6. Januar. Die Gemahlin v.
Bringen Heinrich von Hessen, Karoline, Freiin
Nieda, ist heute in Trier gestorben.

Petersburg, 6. Januar. Ein Extrablatt der „Regierungsboten“ theilt mit, daß in Folge der eingetretenen Chammitters die Epidemie im Jenseitlichen Bezirke, welche inzwischen schon im Annehmen war, wieder heftig ausbricht. In Folge dessen sind im Saratow'schen Gouvernement strengere Maßregeln ergriffen worden, um eine Einschleppung vorzubeugen. Morgen findet unter dem Vorsitz des Ministers des Innern eine außerordentliche Konferenz der Chiefs des Medizinaldepartements und anderer Departements statt, in welcher die Maßregeln zur Unterdrückung der Epidemie beschlossen werden sollen.